



Niederschrift

60. Plenarsitzung des Gemeinderates
22. Januar 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzende: Erste Bürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz

20.

Punkt 19 der Tagesordnung: Verkehrschaos in Knielingen

Antrag: CDU

Vorlage: 2018/0917

dazu:

Anwohner schützen – Schleichverkehre verhindern

Ergänzungsantrag: FW

Vorlage: 2019/0051

Beschluss:

Kenntnisnahme von den Stellungnahmen

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 19 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung.

Stadträtin Wiedemann (CDU): Warum wir diesen Antrag gestellt haben, diese Frage stellt sich nicht. Wer kennt es nicht? Wir hatten ein ganzes Jahr Zeit, 12 Monate. Und dann steht Weihnachten plötzlich vor der Tür. Wir haben ein Jahr Zeit gehabt und dann wird alles hektisch. Dieses Chaos, das jetzt vor der Tür steht, ist schon lange bekannt, dass es stattfinden wird.

So ähnlich müssten sich jetzt auch das Regierungspräsidium und die Verwaltung fühlen, wenn sie sehen, was in Knielingen los war und los sein wird. Ich muss dazu sagen, die ganze Aufregung und Problematik und die Diskussionen gäbe es nicht, wenn – ich muss es so unverblümt sagen – wir eine weitere Rheinbrücke mit Anschluss an die B 36 hätten, die die CDU seit Jahren, um nicht zu sagen, seit Jahrzehnten fordert und die leider in diesem Hause permanent aus parteiideologischen Gründen abgelehnt wird. Aber das nützt den Knielingern zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt nichts. Sie fühlen sich mit dem Chaos allein

gelassen und können sich in ihrem Stadtteil, der übrigens der flächengrößte in Karlsruhe ist, nicht mehr frei bewegen. Diese Situation wird natürlich nicht nur sinnlos hervorgerufen. Die Pendler, die nach Rheinland-Pfalz, die über die Rheinbrücke wollen, arbeiten hier ja. Die arbeiten in Karlsruhe, sind Mitarbeiter und Facharbeiter, die bei den Betrieben und vor allem im Städtischen Klinikum dringend benötigt werden. Wenn die einmal sagen würden, wir kommen nicht, dann möchte ich wissen, wie bei uns hier die Arbeitswelt aufrechterhalten werden soll.

Die jetzige Situation in Knielingen sieht so aus: Wenn der Kollaps da ist, wenn sich das zurückstaut nach Knielingen, dann kommen die einzelnen Anwohner und Bewohner in Knielingen aus ihren Grundstücken gar nicht mehr heraus, weil die Straße zu ist. Wenn sie das Tor auf machen und wollen mit ihrem Auto oder Motorrad oder Fahrrad raus, ist es dicht. Wenn die Knielinger nach Knielingen hinein wollen, weil sie Feierabend haben, dann haben sie eine sinnlose Zeitverschwendung, die auch eine große Umweltbelastung ist, wenn sie herumstehen und Abgase abgeben. Denn nicht jedes Auto geht automatisch aus, wenn man anhält. Es geht hier nicht nur um Minuten, es geht manchmal um Stunden. Es ist äußerst schwierig für Knielinger, Termine einzuhalten, wenn sie aus Knielingen heraus wollen. Und es ist genauso schwierig für Außenstehende aus anderen Stadtteilen, wenn sie Termine einhalten sollen in Praxen, beispielsweise bei Logopäden oder sonstigen. Es ist ein Chaos. Ich kenne eine Praxis, die gesagt hat, sie verlegt jetzt allmählich ihre Praxis außerhalb Knielingens, weil viele Patienten anrufen und sagen, wir kommen nicht durch. Wir können nicht termingerecht da sein. Aus Knielingen heraus ist es die gleiche Problematik.

Hinzu kommt noch der Einfallsreichtum mancher Verkehrsteilnehmer, über die sogenannten Schleichwege rechts und links der östlichen Rheinbrückenstraße diese Staus zu umfahren, um auf die B 10 zu gelangen. Hier werden Feldwege und Betriebswege einfach missbraucht. Da gibt und gab es gefährliche Situationen, wenn zum Beispiel Kinder und Jugendliche vom Sportverein mit ihren Rädern kamen und plötzlich kommt ein Auto um die Kurve, wo es überhaupt nichts verloren hatte. Zum Glück hat die Stadtverwaltung hier schon einiges getan und hat zum Beispiel den Parallelweg zur Straße hin, die verlängerte östliche Rheinbrückenstraße, gesperrt. Hier kann es diese gefährlichen Situationen nicht mehr geben. Weiterhin steht auch in der Antwort der Verwaltung drin, dass es Veranlassung gegeben hat, Straßen zu sperren mit Pollern und dergleichen. Das ist sehr lobenswert, dass hier schon einige Gegenmaßnahmen ergriffen wurden. Aber auch weiterhin ist es für Kinder und Jugendliche äußerst schwierig, Straßen gefahrlos zu überqueren, wenn es so voll ist.

Die Krönung ist dann, wenn es heißt, benutzt doch den ÖPNV, wenn dann vorne an der Tafel steht, wegen Personalengpässen oder Fahrzeugstörung fällt diese Bahn aus. Berufstätige oder - - -

(Die Vorsitzende hebt die gelbe Karte.)

- Ja, ich sehe es.

Ich habe noch zwei Sätze, die möchte ich sagen. Es ist hier dringend erforderlich, einen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern in Knielingen zu machen, und die Bereitschaft, auch unkonventionelle Lösungen zu finden, im Gespräch bleiben. Die Stadt soll bit-

te das Regierungspräsidium auffordern, seinen Part zu erfüllen und die Maßnahmen umgehend umzusetzen.

Jetzt noch zu dem kurzen Hinweis der Polizeibehörde.

(Die Vorsitzende: Frau Stadträtin Wiedemann, ich muss Sie leider bitten!)

Dann möchte ich nur die Fraktionen auffordern, die letzte Seite des Schreibens der Polizeibehörde zu lesen.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Der Antrag ist in einem Punkt gut. Er ist in dem Punkt gut, dass er auf die Situation in Knielingen aufmerksam macht, dass er die Verwaltung und uns alle noch einmal für diese prekäre Situation sensibilisiert. Dafür ist dieser Antrag gut.

Gleichermaßen ist die Antwort der Verwaltung gut. Da kann ich der Kollegin Wiedemann in dem Punkt zustimmen, dass man früher hätte handeln können. Aber die Antwort der Verwaltung sagt auch, dass gehandelt wird. In zwei Tagen kommt es im Brauhaus 2.0 zum Schwur. Da werden auch hier aus dem Gremium diverse Kolleginnen und Kollegen anwesend sein. Man wird sehen, was passiert.

Nicht mitgehen können wir, dass das Problem die zweite Rheinbrücke sein soll, oder eine zweite Rheinbrücke die Lösung sein soll. Das Problem ist der Knielinger Pförtner. Der Knielinger Pförtner ist nicht erst seit heute das Problem. Und eine verfehlte Verkehrsplanung insbesondere von Seiten der CDU ist auch so alt wie die Hosenträger meiner Großmutter.

In diesem Sinne werden hier Dinge miteinander vermenget, die nichts miteinander zu tun haben. Knielingen braucht gleichermaßen wie das von Ihnen geliebte Hagsfeld Unterstützung. Das sind mit Sicherheit die Stadtteile, die am meisten belastet sind von den verkehrlichen Entwicklungen. Karlsruhe hat eine besondere Situation. Karlsruhe hat wenig Raum zur Entwicklung. Das finden wir immer wieder bei verkehrlichen Themen. Das finden wir beim Thema Wohnungsbau gleichermaßen wie beim Thema Gewerbeflächen.

(Stadtrat Ehlgötz/CDU: Wir sind jetzt aber beim Verkehr!)

Auch hier, Kollege Ehlgötz, ändert es nichts an der Tatsache, hätten Sie und auch Ihre Parteigenossen in Rheinland-Pfalz sich in anderer Art und Weise flexibel gezeigt und nicht permanent an einer Planung festgehalten. Die ist einfach eine Fehlplanung. Wir verschieben das Problem bekanntermaßen von pfälzer Seite auf badische Seite. Es wird sich weder für Knielingen noch für andere Stadtteile irgendetwas ändern. Das Thema Schleichverkehr, Verkehrschaos ist prekär. Es hat etwas mit Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer zu tun, die nicht in dem gewünschten Maße stattfindet.

Wie schon gesagt, der Antrag ist gut, damit der Fokus mehr auf die Situation in Knielingen gerichtet wird. Wir werden uns in zwei Tagen anhören, was die Verwaltung dazu zu sagen hat und wie auch letztendlich die Reaktion aus der Bevölkerung diesbezüglich sein wird. Wir unterstützen zweifelsohne, da spreche ich gewiss nicht nur für unsere Fraktion, sondern auch für andere Fraktionen, die eine zweite Rheinbrücke nicht unterstützen, die Anliegen der Anwohnerinnen und Anwohner. Vielleicht sollten wir uns alle einmal ein Stück

weit mehr bewegen, auch aus festgefahrenen Positionen. Wenn sich alle diesseits und jenseits des Rheins einmal bewegen würden, könnten wir hier auch endlich einmal ein Stück weit vorankommen. In diesem Sinne war der Antrag – wie schon gesagt – gut, und wir warten den kommenden Donnerstag ab.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Liebe Frau Wiedemann, die zweite Rheinbrücke wäre auch jetzt nicht da, wenn der Gemeinderat von Karlsruhe von vornherein mit wehenden Fahnen dafür gewesen wäre. Es wäre nicht zu schaffen gewesen. Das war schon immer klar. Es wurde dann, wie eben richtig gesagt wurde, von der Pfälzer Seite noch einmal verzögert. Ich habe immer nachgefragt bei unserem Verkehrsministerium, warum tut sich denn da nichts. Mir wurde immer geantwortet, wir warten auf die rheinland-pfälzische Seite. Nachher kam dann auch heraus, die haben mehrfach nachlegen müssen, weil bei den Anhörungen immer wieder heraus kam, dass die Naturschutzdinge nicht richtig abgearbeitet wurden. Rheinland-Pfalz hat mehrfach nacharbeiten müssen, bevor sie durch die Instanzen durchgekommen sind. Und nicht, weil sich der BUND oder wer auch immer beschwert hat, sondern weil einfach nicht entsprechend den Gesetzen gearbeitet wurde. Aber egal, wir hätten niemals eine zweite Rheinbrücke gehabt. Insofern hilft der Verweis darauf jetzt nicht.

Dann geht es darum, was ist denn hier los? Wer hat etwas falsch gemacht? Da würde ich uns allen empfehlen, dass wir vorher einmal bei der Verwaltung anfragen. Ich habe das gemacht. Wir machen das auch nicht immer. Aber dieses Mal habe ich es gemacht. Vor der Sitzung habe ich gefragt, was ist da denn jetzt gewesen. Dann wurde mir gesagt, wir haben schon eine ganze Reihe von Dingen geplant, lange bevor die Proteste kamen, lange bevor die CDU den Antrag gestellt hat. Einige Sachen sind auch umgesetzt. Das wurde gerade schon genannt. Das gibt es schon. Die entscheidende Sache ist, man wollte Bürgerbeteiligung machen, was auch gefordert wurde. Das ist jetzt diese Veranstaltung übermorgen. Man wollte nicht alles umsetzen, weil man erst diese Bürgerbeteiligung abwarten wollte, weil es schlecht ist, die Leute vor vollendete Tatsachen zu stellen. Da ist wohl etwas schief gegangen. Ich mache niemandem einen Vorwurf. Aber es ist wohl nicht ideal gelaufen, behaupte ich einmal. Es ist auch nicht von der Verwaltung dieser Termin übermorgen angesetzt sondern vom Bürgerverein. Den kann die Verwaltung nur indirekt beeinflussen. Insofern hätte man vielleicht ein bisschen schneller sein können. Aber die Maßnahmen, die jetzt vorgesehen sind, sind – soweit ich das beurteilen kann, ich habe das noch nicht offiziell vorgestellt bekommen – wohl auch das Richtige, so dass die Belastungen schon stark abgenommen haben. Ich habe mir erzählen lassen, was in Knielingen gerade los ist. Da hieß es, diese Straßenbeeinträchtigungen sind im Moment nicht mehr feststellbar. Das ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass bereits Maßnahmen ergriffen wurden. Einige werden dann nach übermorgen ergriffen. Dann sind wir im guten Bereich.

Vielleicht geht es beim nächsten Mal noch ein bisschen schneller, vielleicht auch mit weniger Bürgerbeteiligung. Wir sind wirklich für Bürgerbeteiligung, aber da kommt es darauf an, die Anwohnenden möglichst schnell zu schützen. Dann ist das denen auch recht, wenn sie vorher nicht beteiligt wurden, wenn die Autos vor ihrer Haustür verschwinden.

Stadtrat Høyem (FDP): Schon letztes Jahr haben wir von der FDP gefragt, welche Überlegungen die Stadtverwaltung zum Verkehrschaos in Verbindung mit der Baustelle auf der Rheinbrücke hat. Die Antwort war nicht besonders engagiert oder überzeugend. Wie die CDU die Antwort der Verwaltung erlebt, ist nicht unsere Sache. Aber wenn ich Bürger in

Knielingen wäre, würde ich mich wahrscheinlich zum Wutbürger entwickeln. Die Antwort wäre für mich arrogant und uninteressiert. Eigentlich wie diese bekannten schlechten Restaurantwitze, in denen der Kellner sagt: Das ist nicht mein Tisch - das ist das Regierungspräsidium – und hinzufügt, wir haben nur Standardmenüs und bereiten kein A la carte zu. Dann sagt man am Ende: Und übrigens haben wir zu wenig Personal. Ob die Antwort eine gute Stimmung in der Informationsveranstaltung am Donnerstag garantiert, müssen wir abwarten. Leider hat der Kommunale Ordnungsdienst offenbar keine Kompetenz, einzuschreiten. Aber dass wir in dieser Situation sind, ist absolut unnötig.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich habe mich gefreut zu hören, dass sowohl Frau Wiedemann als auch Herr Dr. Fechler sich in ihren Redebeiträgen für die direkte Anbindung der Rheinbrücke an die B 36 ausgesprochen haben. Denn das war zu Beginn der Legislaturperiode noch nicht so.

(Zurufe)

- Ja, da können Sie sich vielleicht schon gar nicht mehr daran erinnern. Aber das war für uns Wahlkampfthema. Das weiß ich noch sehr genau.

Als wir dann damit hier herein kamen, hieß es, die Situation ist festgefahren. Die einen wollen das nicht, weil es auf der Nordtangentrasse liegt, und die anderen wollen es unbedingt wegen der Nordtangente. Die Situation war festgefahren. Wir haben mit unserem Vorschlag, das wieder einzubeziehen in die Diskussion, darauf bestanden. Wir haben gesagt, die zweite Rheinbrücke ist uns egal. Wir brauchen die Anbindung der Rheinbrücke an die B 36. Wir haben damals dazu beigetragen, dass die Blockade gelöst wurde. Aber was wurde uns damals gesagt? Sie haben das alles vergessen. Aber ich habe diese Argumente damals gehört. Uns wurde gesagt, die Knielinger wollen das gar nicht. Das war das Argument, das ich damals gehört habe. Dieses Argument ist mit dieser Geschichte völlig widerlegt. Ich glaube, nach dem, was wir jetzt in Knielingen sehen, ist das kein Problem mehr. Deswegen freue ich mich darauf, dass wir gemeinsam auch in Zukunft primär dafür arbeiten werden, die direkte Anbindung der Rheinbrücke an die B 36, die Nordumfahrung Knielingens zu realisieren. Denn das ist das echte Problem. Das ist der Grund für die Staus auf der Rheinbrücke. Wenn wir die dritte Spur, so wie auf der Pfälzer Seite nicht am Pfortner in die zwei Spuren verringern, sondern einfach das Stück weiterführen zum Ölkreuz, dort ausleiten und, wie auf der Pfälzer Seite die direkte Anbindung zur B 9 gegeben ist, wir die direkte Anbindung an die B 36 schaffen, dann ist das Problem auf der Brücke gelöst. Unabhängig davon, ob wir dazu noch eine zweite haben wollen. Einfach, um zur Sicherheit vor irgendwelchen Problemen gewappnet zu sein, was man auch nachvollziehen kann.

Deswegen: Vielen Dank für die Diskussionsbeiträge. Aber auch vielen Dank an die CDU für diesen Antrag. Unserer Meinung nach liest sich die Antwort der Stadtverwaltung sehr gut. Man hat sich offensichtlich einige Gedanken gemacht. Wenn man dem glauben kann, dann wird sich dieses Problem von selbst erledigen. Dem werden wir dann zuschauen. Wir werden es genau beobachten, ob dem dann so ist. Gegebenenfalls werden wir uns freuen, die Sache wieder aufzugreifen.

Stadtrat Wenzel (FW): Ich will es kurz machen, nachdem wir eine ausführliche Diskussion hatten. Zweite, dritte, vierte oder fünfte Rheinbrücke, um Karlsruhe, unter Karlsruhe oder

um Karlsruhe herum. Die Problematik liegt einfach, das hat Frau Wiedemann explizit und ganz deutlich gesagt, in der Situation, die wir jetzt in Knielingen haben. Ich habe eines meiner Büros in der Gablonzer Straße. Meine Geschäftspartner sind in Knielingen. Ich benutze so oft es geht das Fahrrad, weil man mit dem Auto wirklich nicht durch kommt. Ich habe erlebt in den letzten Wochen, dass Kinder gefährdet wurden. Das ist auch beschrieben worden. Deshalb mein Ergänzungsantrag. Ich hätte zwar eine Anfrage machen können. Aber ich habe jeden Monat gehofft, irgendjemand stellt einen Antrag. Als Einzelstadtrat hatte ich nur die Möglichkeit, ihn zu ergänzen oder zu ändern, dass die Schleichverkehre gerade Im Bruch und Im Bibbles, wo es einen Gegenverkehr gibt, wo auch vor meinen Augen Kinder gefährdet wurden, blockiert werden. Sie haben in der Antwort geschrieben, man macht etwas. Man hat auch schon etwas getan. Das stellt mich zufrieden. Die großen Probleme und die Lösungen werden demnächst vorgestellt. Ich hoffe, bis dahin passiert nichts. Ich denke, mit Ihrer Antwort kann ich leben.

Aber ich kann nicht mit der Antwort der Verwaltung und der Polizei auf den Antrag der CDU leben. Denn das ist etwas zu wenig und dauert mir etwas zu lang.

Stadtrat Hofmann (CDU): Das ist ja schon hanebüchend, was hier gerade behauptet wird. Insbesondere, damit muss ich anfangen, denn das geht ja gar nicht, Kollege Dr. Schmidt. Sie widersprechen sich in einem Satz dreimal. Sie erzählen erst, dass es gut ist, dann erzählen Sie, dass die Verwaltung gut ist. Was Sie gerade eben gebracht haben, hat hier drin außer Ihnen, wenn Sie es überhaupt verstanden haben, niemand verstanden. Ich erinnere mich an Sätze, als Sie uns erzählt haben, dass das Problem nur der Pförtner ist und dass die zweite Rheinbrücke folglich unnötig ist. Jetzt stellen Sie uns dar, dass wir nicht die B 36 als Anschluss wollten. Wir waren diejenigen, die das Ganze hier ins Spiel gebracht haben. Was Sie hier für hanebüchene Dinge behaupten, das geht auf keine Kuhhaut. Sie kommen her, wie irgendeiner, der meint, das Weiße vom Himmel herunter zu erzählen. Das geht überhaupt nicht.

Vielleicht machen wir es einmal so. Wir lesen einfach einmal, denn das bildet teilweise, was im Bericht von unserem Polizeipräsidium Karlsruhe steht. Da steht ganz klar drin, das wollte meine Kollegin nämlich noch sagen, dass es sich hier um ein infrastrukturelles Problem handelt. Es stehen keine raumnahen leistungsfähigen Ausweichstrecken oder Alternativrouten zur Verfügung. Also auch die Polizei sagt uns, dass es fehlt. Genau das haben wir frühzeitig immer wieder gefordert. Auch die FDP hat es schon gefordert. Das ist vollkommen richtig. Aber es wurde einfach gewartet und gewartet und gewartet. Jetzt haben wir das Chaos. Ich fahre täglich von Neureut in den Rheinhafen. Da muss ich an Knielingen vorbei. Die Knielinger versinken im Chaos. Das ist wahnsinnig. Da hat sich überhaupt nichts verbessert, Herr Honné, sorry, aber gar nichts. Ich brauche eine halbe Stunde länger, um überhaupt durchzukommen. Es ist alles komplett dicht.

Und dann, Herr Dr. Fechler, mit diesen Sonntagsreden: Wasch mich, aber mach mich nicht nass. Jetzt warten wir doch einmal ab, was dabei herauskommt. Die Knielinger Bürger fühlen sich doch veräppelt. Das tut mir leid, weil wir die ganze Zeit genau wussten, was passiert. Es wird einfach ignoriert. Dass der Pförtner nicht das Problem ist, das wissen doch sogar Sie. Das wurde zigmal geprüft. Wenn wir den Pförtner verlegen, dann verlagern wir doch nur das Problem. Wir haben die Studien gehört. Deswegen muss dieser Anschluss direkt an die B 36 und vorher abgehen. Wir sind uns einig, dass es den Knielingern schlecht geht, und dass wir da helfen müssen. Aber die Hilfe ist nicht dahingehend, dass wir immer

wieder erzählen, was nicht geht oder warum es nicht geht. Sondern wir müssen jetzt irgendwann einmal die Wurzel anpacken und sagen: So machen wir das einfach. Da ist es nicht so, dass wir irgendetwas verzögern oder sonst irgendetwas. Wir fordern seit Jahren diese zweite Rheinbrücke und haben auch schon frühzeitig gesagt, was für Probleme auf uns zukommen. Wir haben mehrere Anträge in dieser Hinsicht gestellt. Was zum Beispiel auch passiert, wenn die zweite Rheinbrücke in die Sanierung hinein geht. Aber man will es eben nicht. Dann muss man auch dazu stehen. Danke, Herr Dr. Fechler, übrigens, dass Sie gesagt haben, dass die Mehrheit des Gemeinderates diese Brücke immer noch nicht will. Das ist gut. Dann sollen wir das doch auch den Bürgerinnen und Bürgern sagen. Die Polizei sagt, dass es ein infrastrukturelles Problem ist. Das lösen wir nicht, indem wir es ständig ignorieren. Das geben wir dann einfach einmal nach außen weiter.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Herr Hofmann, zu dem infrastrukturellen Problem: Wir können nicht zu jeder Straße eine gleich ausgebaute Straße parallel bauen, für den Fall, dass die Hauptstraße einmal gesperrt ist, dass dann auf der Parallelstraße genau dieser Verkehr wieder abgebildet wird. Das geht einfach nicht. Da müssen wir in Kauf nehmen, dass dann auch einmal Stauungen passieren. Es ist nicht anders zu machen. Denn sonst würden wir Karlsruhe noch mehr zubetonieren, als es ohnehin schon der Fall ist.

Eine Sache habe ich noch vergessen. In der Antwort der Verwaltung wird auch angesprochen, dass die Verwaltung schon mehrfach beim Innenministerium beantragt hat, doch die Zuständigkeit für die Kontrolle des fließenden Verkehrs zu bekommen, damit man in Ausnahmefällen auch von städtischer Seite, nicht nur von der Landespolizei, Kontrollen machen kann. Insbesondere bei den Schleichverkehren, die durch die Wiesen, durch die Äcker gehen, dass man das auch mit eigenen Kräften unterbinden kann. Da wäre mein Vorschlag, dass wir einmal einen interfraktionellen Brief an das Innenministerium schreiben, um zu schauen, ob das etwas hilft. Als Grundlage dafür, Herr Bürgermeister Dr. Käuflein, wäre es gut, wenn Sie dem Gemeinderat die ablehnende Antwort des Ministeriums schicken könnten, damit wir sehen, wogegen wir eigentlich argumentieren müssen. Ich höre, dass selbst die Polizei in Karlsruhe nicht versteht, warum das Innenministerium es ablehnt, dass die Polizeibehörde in Ausnahmefällen auch solche Kontrollen wahrnehmen kann.

Stadtrat Hock (FDP): Die Diskussion ist schon hanebüchend. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Herr Honné, Ihr eigener Minister sagt das komplette Gegenteil von dem, was Sie hier behaupten. Sie müssen nur genügend zuhören. Dann wird er Ihnen das vielleicht auch einmal persönlich sagen. Diese zweite Rheinbrücke ist erforderlich. Herr Kollege Hofmann, nur zu Ihrer Erinnerung, wir hatten damals, als wir gefordert haben, dass die Rheinbrücke nur gebaut werden darf mit zeitgleichem Anschluss an die B 36, die Sitzung unterbrochen, weil Sie sich noch besprechen mussten, um klarzustellen, ob Sie das auch mitgehen können.

Diese zweite Rheinbrücke muss kommen. Das war das, was wir als FDP immer gesagt haben. Die zweite Rheinbrücke darf nur kommen, wenn wir sie zeitgleich an die B 36 anbinden. Denn dieser Vorgang, der jetzt in Knielingen ist, fördert doch genau dieses, was einmal überlegt wurde, eine zweite Rheinbrücke ohne eine Anbindung an die B 36. Das war uns vor einem Jahr schon klar. Wir haben vor einem Jahr die Frage gestellt, was denn passieren soll. Alle wissen es. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, man hat es wohl nicht so ganz ernst genommen, was dann ein Jahr später passiert. Wir haben nämlich genau diese Fragen gestellt. Wo soll der Verkehr hin? Was wird mit den Schleichverkehren? Wie wird

die Polizei das regeln? Jetzt sind wir genau an dem Punkt. Ich sage nur eines: Wir haben immer gefordert, dass das nur geht in direktem Anschluss an die B 36. Wir sind richtig gelegen. Das wird heute bestätigt. Deshalb bitte bei der Wahrheit bleiben.

Stadtrat Dr. Fehler (SPD): Zum Thema Knielingen ist jetzt einiges gesagt worden. Dass die akute Situation eine Lösung braucht, ist auch klar. Die SPD Karlsruhe und die SPD-Fraktion hier im Gemeinderat sind bereit, das haben wir verschiedentlich schon kundgetan, an einer konstruktiven Lösung zu arbeiten. Ein Teil der Lösung ist, was der Kollege Hock gesagt hat, sicherlich auch im Umgang mit der B 36 zu finden. Aber gleichermaßen erwarten wir als SPD, dass sich auch andere Fraktionen, andere Parteien, sei es hier in Karlsruhe und auch im Umland, einmal ein Stück weit bewegen. Eigentlich wäre der Idealzustand, dass man sich einmal im Sinne eines Brainstormings an den Tisch setzt und sich Gedanken macht, wie eine Lösung aussehen kann, eine verträgliche Lösung. Es wird immer ein Kompromiss sein. Aber eine zweite Rheinbrücke in dieser Form wird von unserer Seite als nicht wegweisend angesehen. Es verlangt gleichermaßen, dass auch die Pfälzer Seite sich bewegt. Dann diskutieren wir über Anbindung der A 65 an die französische Autobahn. Auch mit dem Landkreis müssen wir ins Gespräch kommen. Aber mittlerweile haben wir hier ausschließlich mit Kirchturmpolitik zu tun. Jeder verweigert sich allem. Wir werden so dieses Problem nicht in Gänze lösen. Eine zweite Rheinbrücke zu bauen und den Verkehr – das hatte ich vorhin schon gesagt – auf der Südtangente zu verdichten, wird letztendlich keinen Zentimeter das Problem voranbringen. Es wird das Problem von Knielingen nicht lösen. Es wird nicht das Problem im Großraum Karlsruhe lösen. Ich kann Sie nur dazu einladen, im Sinne der SPD an einen runden Tisch zu kommen, und endlich einmal dieses Paket wieder aufzuschnüren und einen vernünftigen Weg zu suchen.

Stadtrat Bernhard (AfD): Lieber Kollege Hofmann, die ganze Diskussion zeigt doch, dass es Quatsch ist, was Sie gerade eben gesagt haben. Sie sind jetzt immer noch nicht der Meinung. Wir sagen, seit wir hier im Stadtrat sind, also seit fast fünf Jahren, dass es völlig egal ist, ob da eine zweite Brücke ist oder keine zweite Brücke. Der entscheidende Punkt ist – da können Sie in den entsprechenden Gutachten beim Land nachlesen –, 30 % des Verkehrs will nach Norden. Da ist nicht das Problem eine zweite Brücke, sondern ein Abfluss nach Norden. Deswegen haben wir vor fünf Jahren in unterschiedlichsten Anträgen und in den Ausschüssen gefordert, das können Sie auch im Protokoll nachlesen, dass wir sagen, der Pfortner muss geöffnet werden und bis zum Ölkreuz muss die Fahrbahn dreispurig fortgeführt werden und dann eine Nordumfahrung von Knielingen gemacht werden. Darum geht es doch. Wenn wir diese Nordumfahrung vor fünf Jahren angegangen hätten, hätten wir jetzt irgendwann auch einmal Aussicht auf Erfolg und hätten diese Probleme nicht. Wenn es diese Nordumfahrung von Knielingen gäbe, hätten wir diese chaotischen Verkehrszustände in Knielingen nicht. Das haben wir gefordert und nicht Sie von der CDU. Sie haben es eher immer abgeblockt. Wir haben gesagt, wir brauchen nicht unbedingt die Brücke. Da war dann bei Ihnen der Rollladen unten. So ist die Situation. Der Punkt ist doch, es geht darum, dass wir eine Lösung für die Bürger finden und nicht ideologisch diskutieren. Ja, Brücke – nein, Brücke, ob wir jetzt eine Brücke wollen oder keine Brücke. Wir müssen eine Lösung finden. Der entscheidende Punkt, das ist das, was mich wirklich ärgert, ist nicht die Brücke, sondern dass der Verkehr nach Norden umgeleitet wird. Dazu brauche ich keine Brücke, sondern ich brauche die Nordumfahrung von Knielingen, mit oder ohne Brücke. Eines ist natürlich auch klar. Wenn die Brücke kommt, macht sie nur Sinn mit einer Anbindung an die B 36. Das ist auch klar.

Stadtrat Wenzel (FW): Jetzt sind wir aber abgeschweift. Ich wollte etwas ganz anderes sagen. Aber die Vorredner zwingen mich dazu, eines zu sagen: Karlsruhe ist doch das Herz der Region. Was wir seit Jahren haben, unser Patient hat wahrscheinlich zu viel Fett gegessen. Wir haben eine Arterienverfettung. Dazu braucht man einen Bypass. Ich muss einfach sagen, das haben auch der Kollege Dr. Fechler und andere gesagt, warum öffnen wir uns nicht, das wird nicht für die nächsten Jahre sein, aber für die nächste Generation, und überlegen, ob unser Herz, die Region Karlsruhe, nicht tatsächlich umgeleitet oder eine Umleitung um unsere Stadt möglich ist. Es gibt viele Diskussionen. Ich hatte in den letzten Wochen einmal recherchiert. Die Idee einer tatsächlichen Nordumfahrung, nicht von Knielingen, sondern unserer Stadt, aber keine Nordtangente, sondern eine Umfahrung, die Weingarten und andere Städte anbindet, ist vielleicht eine Überlegung. Vielleicht, Herr Dr. Fechler, haben Sie Recht. Wir müssen wirklich weiter denken, als nur über die Stadt.

Die Vorsitzende: Es geht um die Problematik jetzt vor Ort in Knielingen.

Bürgermeister Dr. Käuflein: Vielleicht gelingt es mir, ein wenig zur Befriedung hier im Hause beizutragen. Denn wie die Frau Erste Bürgermeisterin richtig gesagt hat, ist der Ausgangspunkt des Antrags der CDU und des Ergänzungsantrags der Freien Wähler, so wie wir ihn gelesen und verstanden haben, die Verkehrssituation angesichts der aktuellen und zukünftigen Baumaßnahmen. Diese Baumaßnahmen auf der Rheinbrücke ziehen ohne Zweifel auf beiden Seiten des Rheins einen Stau nach sich und ziehen ohne Zweifel genauso den Versuch der Autofahrer nach sich, diesen Stau zu umfahren. Ich möchte an der Stelle, weil es nicht Gegenstand des Antrags war, auch wenn es in ganz vielen Redebeiträgen vorkam, nichts zu der größeren oder darüber oder darunter liegenden sogenannten infrastrukturellen Problematik zur zweiten Rheinbrücke sagen, weil das nicht das Thema ist. Ich möchte sagen, dass bitte alle Beteiligten, die darauf Einfluss nehmen können, versuchen, das Chaos, das befürchtet wird, zu unterbinden. Die Aussage der Verwaltung, dass die Stadt Karlsruhe schlicht und einfach nicht für die großräumige Thematik zuständig ist, sondern das Land, hat nach meinem Verständnis nichts mit mangelndem Interesse oder Ignoranz zu tun, sondern einfach mit einer Abgrenzung der Zuständigkeit. Wir sind als Stadt für die kleinräumigen Maßnahmen in Knielingen zuständig. In die Maßnahmen, die wir alle dargestellt haben, ich komme gleich noch einmal im Detail darauf zurück, sind die Erfahrungen von den Baumaßnahmen am Wörther Trog ein Stück weiter eingeflossen. Denn ob Sie die Baumaßnahme hier oder ein Stück weiter haben, die Auswirkungen sind identisch.

Zur Thematik der frühzeitigen Beteiligung der Bürgerschaft will ich darauf verweisen, dass die Maßnahmen, die jetzt eingeleitet werden, in ganz enger Abstimmung, in ganz enger Kommunikation mit dem Bürgerverein stattfinden und mit der Interessengemeinschaft Knielingen. Wir haben zwei große Blöcke von Maßnahmen. Das teilen wir in der Antwort mit. Das eine ist um Knielingen herum. Wir sperren landwirtschaftliche Wege, die für Schleichverkehre missbraucht werden. Und wir, das muss ich nicht im Detail wiederholen, richten ein paar Einbahnstraßen in Knielingen ein, um den Verkehr zu kanalisieren. Diese Maßnahmen sind, das muss man sagen, ein Kompromiss, weil sie auch den Verkehr in Knielingen beeinträchtigen. Wir haben das Polizeipräsidium gebeten, verkehrslenkende Maßnahmen, die wir ergreifen, durch verstärkte Kontrollen zu begleiten. Am 24.01., am Donnerstag, ist eine Informationsveranstaltung des Bürgervereins, wo wir auch noch einmal in Kommunikation mit der Bürgerschaft treten wollen. Ich kann Ihnen zusichern, dass wir aufgrund der Erfahrungen, die wir mit diesen Maßnahmen machen, jederzeit bereit sind, nachzujustieren.

Insofern ist aus meiner Sicht das Anliegen des CDU-Antrags und auch des Ergänzungsantrags erledigt bzw. in den Punkten, in denen wir nicht zuständig sind, auch dadurch erledigt. Den GRÜNEN kann ich zusagen, dass die erbetenen Unterlagen, soweit es möglich ist, sicher gern zur Verfügung gestellt werden.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich sehe das im Grundsatz so ähnlich, wie Sie zum Schluss ausgeführt haben. Für heute betrachte ich das Thema als erledigt. Ich glaube, die Verwaltung hat gemerkt, dass es aber noch lange nicht erledigt ist, und dass es auch nicht damit erledigt ist, auf andere Zuständigkeiten zu verweisen. Denn es ist auch Ihre Aufgabe, die anderen Zuständigen mit in dieses Boot zu nehmen. Diese Empathielosigkeit, die wir ein wenig in dieser oberen Etage feststellen, müssen Sie notgedrungen im Interesse unserer Bürgerschaft ausgleichen.

Ich würde auch sagen, wir warten den Donnerstag ab. Dann muss entschieden werden, in welcher Ausformung dann ein Konzept auf den Tisch gelegt wird.

Die Vorsitzende: Herr Stadtrat Pfannkuch, eine Verwaltung arbeitet stets mit Empathie an einer Lösung der Probleme. Natürlich sind wir im engen Dialog mit dem Regierungspräsidium. Das wird man auch aus der Antwort erkennen können. Man sollte den Donnerstag abwarten und dann gegebenenfalls nachjustieren.

Wenn Sie damit einverstanden wären, würde ich diesen Tagesordnungspunkt schließen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
29. Januar 2019